

Seit Jahren befassen sich Politiker aller Couleur mit vielerlei Vorschlägen zur Lösung unseres sozialen Problems Nr. 1: der Massenarbeitslosigkeit und sie versprechen besonders in Wahlkampfzeiten immer wieder eine deutliche Verringerung der Arbeitslosenzahlen. Doch die praktischen Erfolge bleiben aus – tatsächlich verschärft sich dieses Problem von Jahr zu Jahr. Das liegt vor allem daran, dass die Mehrzahl der politischen Bemühungen lediglich oberflächlich auf der Ebene der Symptome ansetzt und nicht bei den tieferen Ursachen des Problems. Dies ist das Thema dieser Artikelreihe ...

ULRICH KLOTZ · REIHE ›INNOVATIONSPOLITIK‹ · FOLGE 3

Intelligente Arbeitsgestaltung ist ›Innovationspolitik‹ vor Ort

Entscheidend für ein innovatives Klima in den Unternehmen sind die Arbeitsbedingungen. Nur in einer freilassenden, motivierenden Umgebung kann die Kreativität entstehen, die nun einmal die Voraussetzung jeder Innovation ist ...

DIE ARGUMENTATION der ersten beiden Teile dieser Artikelreihe lässt sich kurz so zusammenfassen, dass die Massenarbeitslosigkeit in Deutschland zu einem beträchtlichen Teil die Folge einer spezifischen Innovationsschwäche ist, wobei diese wiederum durch Defizite in der Fach- und Führungskompetenz und durch innovationshemmende Arbeitsstrukturen verursacht wird. Daraus ergibt sich im Umkehrschluss, dass nachhaltig wirksame Maßnahmen zum Abbau der Arbeitslosigkeit vor allem bei der Aus- und Weiterbildung sowie bei der Arbeitsgestaltung und -organisation ansetzen müssen.

Zeitgemäße Arbeitsgestaltungspolitik muss sich also verstärkt mit den individuellen, sozialen, organisatorischen und kulturellen Voraussetzungen der Innovationsfähigkeit befassen. Kreativität, Motivation und Freiräume sind die Voraussetzungen jeglicher Innovation und sie finden sich nur dort, wo andere Grundforderungen humaner Arbeitsge-

staltung bereits verwirklicht sind. Denn die zarten Pflänzchen ›Idee‹ und ›Innovation‹ gedeihen nur in einem Klima, in dem sich Menschen in und mit ihrer Arbeit wohl fühlen. Wo Arbeit physisch oder psychisch krank macht, versiegen die Quellen der Innovation.

Dies heißt nicht, dass die Politik einer ›Humanisierung der Arbeitswelt‹ bereits

obsolet wäre – im Gegenteil: Jahr für Jahr müssen zweistellige Milliardenbeträge für die Behandlung arbeitsbedingter Erkrankungen aufgewendet werden und grassierende neue Stress-Phänomene erfordern dringend neue Formen der Prävention. Darüber hinaus zeigt sich in vielen Fällen, dass die früher bisweilen abschätzig als ›Sozialklimbim‹ abgewerteten Projekte und Maßnahmen zur Humanisierung der Arbeit durchaus weitsichtig waren, da sie oft ganz wesentlich zur Verbesserung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit von Unternehmen beitragen konnten und können...¹

Überhaupt ist es auch ein innovationspolitisches Problem, dass in der Vergangenheit Erkenntnisse der Arbeits-



1... Ein Beispiel hierfür ist etwa die Werkstatt-Programmierung von CNC-Systemen durch den Facharbeiter – ein arbeitsbereicherndes Konzept, das ursprünglich im Rahmen eines Humanisierungsprojekts entwickelt wurde und sich als flexible, ökonomische Lösung inzwischen weithin durchgesetzt hat.

forschung oftmals erst mit großer Verzögerung aufgegriffen wurden, nicht selten sogar erst nach diversen Umwegen – so etwa im Fall der modernen Gruppenarbeit: Hier wurden europäische Forschungsergebnisse in europäischen Unternehmen erst dann zur Kenntnis genommen, als japanische Unternehmen mit deren konsequenter Anwendung beträchtliche Wettbewerbsvorteile erzielt hatten ...

Lernfelder gestern und heute

IN DEN 80-ER JAHREN des letzten Jahrhunderts erregten einzelne japanische Unternehmen, vor allem aus der Automobilindustrie, mit neuartigen Formen der Arbeitsgestaltung weltweit Aufsehen. Allerdings ging es bei diesen Management-Konzepten in erster Linie um Verbesserungs-Innovationen, wie etwa den Abbau der Vergeudung von Ressourcen (›Lean Production‹) oder die Förderung von Effizienz und Qualität im Produktionsprozess (›Kontinuierlicher Verbesserungsprozess‹) und weniger um die Förderung von Durchbruchs-Innovationen im Sinne völlig neuer Technologien oder Produkte. Inzwischen werden diese ursprünglich zumeist in Europa entwickelten Prinzipien und Konzepte – bisweilen mit ganz unterschiedlichen Bezeichnungen – weltweit in industriellen Großunternehmen praktiziert.

Vor allem in den skandinavischen Ländern Finnland, Schweden und Dänemark reifte während der vergangenen beiden Jahrzehnte die Erkenntnis, dass in hoch entwickelten Volkswirtschaften die innovative Gestaltung von Arbeitsprozessen ein Schlüsselfaktor im globalen Wettbewerb ist.

Es blieb auch nicht bei Appellen, sondern man setzte diese Erkenntnis nahezu flächendeckend in tiefgreifenden Veränderungsprozessen um. Laut einer Untersuchung des Instituts für Arbeit und Technik praktizieren in Skandinavien inzwischen drei Viertel aller Betriebe mit

mehr als 50 Beschäftigten neue Arbeitsformen – genau so übrigens wie zahlreiche staatliche Institutionen (insbesondere im Bildungsbereich).

Unterstützt durch staatliche Programme hat eine wachsende Zahl skandinavischer Betriebe ein effektives ›Human Resource Management‹ realisiert. Das



heißt einerseits systematische Entwicklung und Förderung der ›Ressource Mensch‹, zum Beispiel durch intensive Aus- und Weiterbildung, andererseits intelligente Nutzung dieser Ressource durch die Realisierung von Arbeitsbedingungen, in denen Beschäftigte ihre Talente und Fähigkeiten optimal entfalten können.

Welche Wirkungen eine konsequent auf Förderung der ›Humanressourcen‹ setzende nationale Innovationspolitik erzielen kann, lässt sich derzeit besonders eindrucksvoll am Beispiel Finnland studieren:

Noch Anfang der 90-er Jahre steckte die finnische Wirtschaft durch das Wegbrechen der osteuropäischen Märkte in einer existenziellen Krise. Die Arbeitslosenquote stieg bis auf 16,3 Prozent (1994). Die Wende begann dann mit einem nationalen Programm für Bildung, Forschung und Technologie, das die

Schulen, Hochschulen und Unternehmen konsequent auf innovative Ausbildungs- und Arbeitsformen ausrichtete sowie eine enge Verzahnung von Hochschulen und Wirtschaft förderte. Der Anteil der Ausgaben für Bildung und Forschung am Bruttosozialprodukt wurde kontinuierlich gesteigert und übertrifft die deutsche Quote inzwischen nahezu um den Faktor zwei.

Diese Anstrengungen haben sich bereits jetzt ausgezahlt.

Nach Einschätzungen des ›World Economic Forum‹ und des ›United Nations Development Program‹ (development = Entwicklung/Ausbildung) steht Finnland hinsichtlich seiner Wettbewerbsfähigkeit und technologischen Entwicklung heute weltweit an der Spitze. Die Arbeitslosenquote konnte nahezu halbiert werden, sie liegt derzeit bei 9 Prozent und die Prognose für 2003 lautet auf 8 Prozent.

Eine ähnliche Entwicklung hat das Nachbarland Schweden vollzogen. Hier hat staatlich geförderte Arbeitsgestaltungspolitik eine besonders lange Tradition und gilt nach wie vor als führend in Europa. Bereits im Rahmen der – inzwischen durch weiterentwickelte Nachfolger abgelöst – ›Swedish Working Life Fund‹-Programme wurden mehr als 23 000 Entwicklungsprojekte gefördert und die anteiligen Ausgaben für Bildung und Forschung übertreffen sogar noch die finnischen Quoten.

Darüber hinaus wurden in Schweden während der letzten Jahre intensiv die Modernisierung des Bildungswesens und die breite Nutzung moderner Informationstechnik vorangetrieben. Heute liegt Schweden beim so genannten ›Information Society Index‹ (einem internationalen Vergleich der Nutzung von Informationstechnik) weltweit an der Spitze und die Ergebnisse in den verschiedenen Bildungs-Ranglisten sind hervorragend.



Allerdings spielt dabei auch eine bisweilen als sehr rigide kritisierte Arbeitsmarktpolitik eine gewichtige Rolle.

Die Schweden begründen diese Politik damit, dass sich Bildungs- und Forschungsinvestitionen erst längerfristig auszahlen und das solche strikteren Regelungen deshalb – zumindest für eine Übergangszeit – unvermeidlich sind.

Jedenfalls zeigt das komplexe Maßnahmenbündel inzwischen deutliche Wirkungen: Vor zehn Jahren lag die schwedische Arbeitslosenquote noch bei knapp 10 Prozent, inzwischen sind es nur noch 4,9 Prozent. Und während in den meisten europäischen Ländern die Staatsverschuldung steigt, weisen die Staatshaushalte in Finnland und Schweden inzwischen jährliche Überschüsse von bis zu drei Prozent aus.

Produktivität und Informationstechnik

»ES IST KEIN ZUFALL, dass die einzigen europäischen Länder mit hohem Produktivitätswachstum in der zweiten Hälfte der 90-er Jahre Irland, Finnland und Schweden waren« schrieb die ›Süddeutsche Zeitung‹ am 6. 3. 2003.

Ähnliches gilt für die USA: Seit Mitte der 90-er Jahre wächst dort die Produktivität schneller als in Deutschland. Damit hat sich ein seit fünf Jahrzehnten anhaltender Trend zum ersten Mal umgekehrt – ein Fakt, dessen Bedeutung kaum hoch genug eingeschätzt werden kann.

Nimmt man die Pro-Kopf-Produktion als Maßstab, vergrößert sich laut Weltbank-Statistik seither der Abstand zwischen den ohnehin führenden USA und Deutschland weiter. Unter Berücksichtigung der Kaufkraft betrug im Jahr 2001 das Brutto-Inlands-Produkt pro Kopf in den USA 34 870 US-Dollar, in Deutschland aber nur 25 530 US-Dollar (›Financial Times Deutschland‹ vom 3. 3. 2003).

Die Verfasser der Produktivitätsstudie des McKinsey Global Institute warnen denn auch: »Dies ist eine alarmierende Nachricht, denn unser Lebensstandard ist zukünftig in zunehmendem Maß von hohem Produktivitätswachstum abhängig.«

Gleich eine ganze Reihe internationaler Autoren erklärt diese unterschiedliche Entwicklung durch die Art des Umgangs mit der Informationstechnik:

Nachdem noch bis in die 90-er Jahre über das so genannte ›IT-Produktivitäts-Paradoxon‹ geklagt wurde – das Phänomen, nach dem verstärkter IT-Einsatz sogar sinkende Produktivität zur Folge hatte (siehe: ›Das Computer-Produktivitäts-Paradoxon‹ in CF 2/94 ab Seite 9) – haben sich in den fortgeschrittenen Ländern inzwischen neue Formen der Arbeit durchgesetzt, die die Möglichkeiten und Potenziale der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) ungleich intensiver und intelligenter nutzen als es die klassischen Management-Konzepte der Industrieära vermochten.

Alesina und Giavazzi, Ökonomen in Harvard und Mailand, betonen in diesem Zusammenhang, dass die Ursache für diese Entwicklung nicht in der Technologie liege, »denn die gleichen Windows- und SAP-Programme stehen in allen Ländern, auch in Europa, zur Verfügung. Es muss also an anderen Unterschieden liegen. Hier tun sich zwei Kandidaten besonders hervor: die Arbeitsteilung und die Unternehmensführung. [...] Wir brauchen in Europa grundlegende Änderungen in der Art und Weise, wie Unternehmen unter den künftigen Bedingungen geführt werden sollen.« (›Handelsblatt‹ vom 4. 4. 2003)

Im Grunde genommen erweist sich die Informationstechnik wieder einmal als das, was sie ist: ein Trendverstärker. Zentralistisch-autoritäre Organisationsstrukturen werden durch den IKT-Einsatz meist noch unbeweglicher als sie es ohnehin schon sind. Wird die Technologie hingegen in offene, innovative Arbeitsstrukturen eingebettet, dann kann sie als effizientes Kommunikationsmedium die Flexibilität und Effektivität des Ganzen beträchtlich steigern.

Das Handicap überholter Organisationsformen, das vor allem auch in Deutschland festzustellen ist, wird durch einen ausgesprochen rückständigen, vielfach von schlichter Inkompetenz gekennzeichneten Umgang mit der Informationstechnik noch verstärkt. Deshalb entwickelt sich die Produktivität bei uns auch nicht so rasch wie dort, wo

ohnein schon ›etwas anders‹ gearbeitet wird. So kommt es sicherlich nicht von ungefähr, dass ein aus der zentralistischen Großrechnerwelt stammendes Erfolgsprodukt wie SAP in Deutschland entstand, hingegen das vor allem auf dezentrale Vernetzung und Emanzipation des Benutzers abzielende Konzept des ›Personal Computing‹ (eigenverantwortliche Computernutzung durch den Einzelnen) eine amerikanische Erfolgsgeschichte ist.

Technologiepolitik – aus Fehlern lernen

INTERNATIONALE VERGLEICHE lassen erkennen, worauf wir uns in Deutschland konzentrieren sollten, um aus der Sackgasse zu kommen:

In der Wissensgesellschaft sind Bildungs-, Forschungs- und Technologiepolitik – also die Kernelemente einer Innovationspolitik – die mit Abstand wichtigsten Politikfelder, wenn es darum geht, durch die Schaffung neuer und zukunftssicherer Arbeitsplätze die Beschäftigungssituation nachhaltig zu verbessern.

So sind denn auch jahrzehntelange Versäumnisse und Fehlsteuerungen auf diesen Feldern die tieferen Ursachen für die aktuelle wirtschaftliche Lage in Deutschland und nicht etwa das, was derzeit in den Debatten um Schlagworte wie ›Sozialreform‹, ›Deregulierungsreform‹, ›Arbeitsrechtsreform‹, ›Steuerreform‹ oder auch ›Hartz-Reform‹ thematisiert wird.

Dauerhafte Lösungen müssen bei den Ursachen der Probleme ansetzen und nicht bei deren Folgen. Das was unsere Bundesregierung derzeit unter dem Begriff ›Agenda 2010‹ als Ausweg aus der Krise propagiert, ist eigentlich nur eine mehr oder weniger hilflose Reaktion auf der Symptomebene, da man in der anscheinend doch ziemlich dünnen, mit reichlich Juristen und Lehrern geschwängerten Berliner Luft noch nicht einmal das Problem begriffen hat, geschweige denn brauchbare, zukunftsweisende Lösungskonzepte vorweisen kann.

Um es einmal etwas flapsig zuzuspitzen: Nicht die Lockerung von Ladenschlusszeiten oder Kündigungsschutz wird uns den erhofften Wachstumsschub bringen, unser künftiges Wohlergehen entscheidet sich vielmehr an der Frage, ob wir auf neuen Feldern wie beispielsweise der Nano- und Biotechnologie in der ›ersten Liga‹ mitspielen können oder nicht.

Künftig muss Technologiepolitik allerdings vorrangig als eine komplexe Querschnitts- und Management-Aufgabe in den Unternehmen begriffen werden und weniger als staatliche Politik zur Förderung und Subventionierung bestimmter Entwicklungsrichtungen. Hier gilt es, die Konsequenzen aus der Tatsache zu ziehen, dass in der Vergangenheit staatlich betriebene Technikförderung allzu oft in teure Sackgassen mündete.

Europäische oder auch deutsche Forschungs- und Technologiepolitik erzielt oftmals nicht die erhoffte Wirkung, weil sie im Kern auf einem überholten Modell des Innovationsprozesses basiert. Infolgedessen agiert sie bislang vorwiegend technikzentriert und ist fixiert auf kapitalintensive Bereiche sowie auf spektakuläre Prestigeprojekte.

Dies wird inzwischen selbst in Industriekreisen problematisiert. So monierte die Deutsche Bank Research kürzlich in ihrer Studie ›Mehr Wachstum für Deutschland‹: »Sorgen bereiten jedoch vor allem die Fundamente der Innovation: die Bildung sowie einige Praktiken der Forschungsförderung [...] Großprojekte spielen noch immer eine zu große Rolle.« Wobei die großen, staatlich verordneten Forschungsprojekte meistens sogar scheitern – symbolträchtige Namen vom ›Schnellen Brüter‹ bis zum Super-Computer ›Suprenum‹ stehen für zahlreiche verlorene Steuermilliarden ...

Darüber hinaus trägt staatliche Forschungsförderung unter dem massiven

Einfluss von Unternehmensinteressen nicht selten zu einer Perfektionierung und Stabilisierung etablierter Strukturen bei. Das aber kann – wenn dadurch Mittel zur rechtzeitigen Erschließung völlig neuer Felder fehlen – auf längere Sicht gesehen oft genau das zur Folge haben, was mit Hilfe der Förderung eigentlich

dann zwar stärker auf die Informationstechnik um, allerdings konzentrierte man sich dabei bis weit in die 90-er Jahre hinein vor allem auf die Hardware-Förderung, obwohl spätestens seit Anfang der 80-er Jahre ganz klar war, dass die Software eine überragende Schlüsselrolle in praktisch sämtlichen Wirtschaftszweigen spielen würde. Diese falsche strategische Ausrichtung hatte weit reichende, geradezu verheerende Konsequenzen für die gesamte deutsche Wirtschaft, deren fatale Folgen bis heute spürbar sind.

An der Grundkonstellation hat sich seither nichts geändert. Auch heute zeigt sich, dass bei uns zwar die Gegenwart, nicht aber die Zukunft eine Lobby hat:

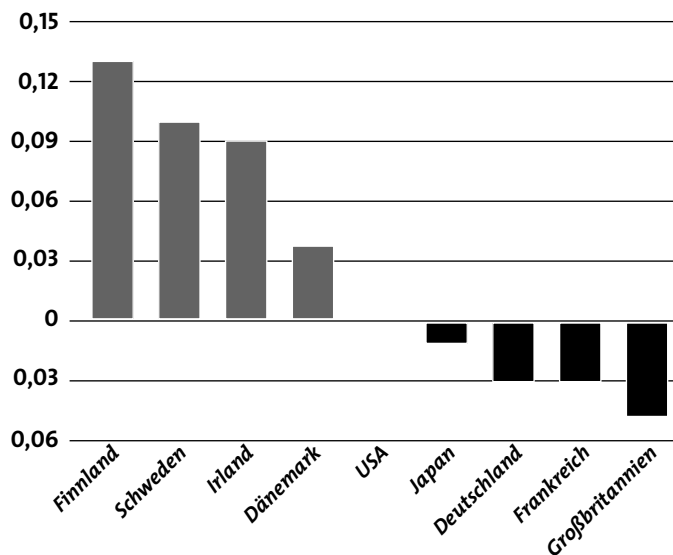
Obwohl es inzwischen zu den Binsenweisheiten zählt, dass in der sich entwickelnden Wissensgesellschaft die ›Human Resources‹ und die ›weichen‹ Faktoren (also die Menschen und ihre Kenntnisse und Fähigkeiten) der Schlüssel zum wirtschaftlichen Erfolg sind, setzt bei uns die Forschungs- und Technologiepolitik nach wie

vor in erster Linie auf die Förderung der ›harten‹ Technik – jedenfalls wenn man sie nach der Verteilung der finanziellen Mittel und nicht nach dem Inhalt der ministeriellen Publikationen beurteilt.

Die zahlreichen Fehlschläge sind ein Beleg dafür, dass staatliche Institutionen ihre Möglichkeiten überschätzen. »Technikgestaltung vollzieht sich nicht als normative Steuerung derart, dass ein übergeordneter Akteur (›der Staat‹) autoritativ Ziele formuliert, die von den anderen Akteuren [z. B. den Unternehmen] befolgt werden müssen. Technikgestaltung vollzieht sich in sozialen Netzwerken, in denen die Akteure durch Aushandlung und wechselseitige Abstimmung Resultate erzeugen, die für den Verlauf der Technikentwicklung folgenreich sind. Alternativen können sich folglich nur durch eine Veränderung oder Erweiterung der sozialen Netze ergeben.« So formulierte es Johannes Weyer

Vergleich der Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE)

Jährliche Veränderungen der FuE-Ausgaben in Prozent des Brutto-Inlands-Produkts von 1992 bis 1998 (oder letztes verfügbares Jahr) – Quelle: OECD



hätte vermieden werden sollen: wachsende Arbeitslosigkeit.

»Atomforschung statt Informationstechnik«

VOR DEM STIFTERVERBAND der deutschen Wissenschaft erklärte Keith Pavitt, Professor für Wissenschaftspolitik, den Verlust der deutschen Wettbewerbsfähigkeit im Bereich der Informationstechnik mit einer falschen strategischen Ausrichtung der Forschungs- und Technologiepolitik:

»Die Bundesrepublik hat zu lange auf Atomforschung gesetzt anstatt auf die moderne Informationsverarbeitung.« (›Frankfurter Rundschau‹ vom 3. 12. 2002).

Und für die 70-er Jahre trifft das auch sicherlich zu, denn damals hatte Deutschland noch gute Chancen auf einen Spitzenplatz in der Informationstechnik. In den 80-er Jahren schwenkte die Forschungs- und Technologiepolitik

schon 1997 in einem Aufsatz mit dem Titel ›Vernetzte Innovationen – innovative Netzwerke‹.

In der Bundestagsdebatte zur technologischen Leistungsfähigkeit im April 2003 kritisierte selbst der ehemalige Forschungsminister Heinz Riesenhuber mit der ihm eigenen Klarheit alle Versuche, technische Entwicklungen durch staatlicher Förderung zu steuern: »Der Staat weiß gar nichts. Macht hier die Zukunft offen!«

Strategiewechsel in der Innovationspolitik

STAATLICHE FORSCHUNGS- und Technologiepolitik muss sich also von der Vorstellung eines linearen und rein technischen Innovationsprozesses verabschieden. Künftig gilt es, vor allem den vielgestaltigen soziokulturellen Nährboden, auf dem Innovationen entstehen, zu fördern und vorausschauend intelligent lenkende Rahmenbedingungen zu schaffen – nicht aber durch staatliche Vorgabe von Entwicklungszielen wissender (oder innovativer) sein zu wollen, als es die eigentlichen Innovatoren und die Märkte sind.

Dabei lohnt es, sich auf die originären Stärken Europas als traditionsreichen Raum der Vielfalt zu besinnen und soziale, organisatorische und kulturelle Innovationen zu fördern, die nun einmal die essenziellen Voraussetzungen für erfolgreiche technische Innovationen sind. Auf diesem Nährboden sind in vergangenen Jahrhunderten die großen europäischen Innovationen entstanden und auf diese Weise könnten wir wieder an den Erfolgen der Vergangenheit anknüpfen.

Allerdings sind solche Erkenntnisse und Forderungen schon fast genauso alt wie das deutsche Forschungsministerium. So plädierte beispielsweise Hans-Peter Lorenzen schon vor fast zwanzig Jahren für eine grundsätzliche Neubestimmung der gesamten staatlichen Forschungs- und Technologiepolitik: »Wer immer nur an Technik denkt, wenn von Innovationen die Rede ist, braucht sich über Misserfolge nicht zu wundern. [...] Künftig müssen Innovationshemmnisse zum Angelpunkt der Forschungsförderung werden.«

Dieser notwendige Strategiewechsel ist jedoch noch immer nicht vollzogen. Dies zeigt ein Blick auf die Verteilung der Haushaltsmittel. Als ein Zwischenfazit kann hier festgehalten werden:

Die Auswertung bisheriger Programme der Forschungs- und Technologiepolitik ergibt, dass die in der Vergangenheit vorrangig auf Technik konzentrierte Förderung nicht im erhofften Maß zu Innovationen führt, weil der Aufbau des für wirtschaftliche Erfolge und neue Arbeitsplätze erforderlichen Innovations-Knowhow mehr ist als technisch-naturwissenschaftliche Erkenntnisgewinnung.

Aufgrund der einseitigen Vorgehensweise werden Innovationen immer wieder in unangepassten sozialen Strukturen versucht. Da die Umsetzung der Innovationen durch das vorhandene Knowhow begrenzt wird, scheitern technische Neuerungen oder finden nur stark verzögert statt, wenn entsprechende Kompetenzen zu spät aufgebaut werden oder wenn, was immer häufiger der Fall ist, entsprechende Kompetenzen auf dem Arbeitsmarkt nicht verfügbar sind.

Mit anderen Worten: Der inzwischen dramatische Mangel an Fachkräften in einigen besonders zukunftssträchtigen Gebieten – wie etwa den kommenden optischen Technologien, denen Fachleute zutrauen, dass sie die Arbeitswelt ähnlich umwälzen werden, wie es in der Vergangenheit die Elektrizität tat – führt dazu, dass hierzulande ungezählte Chancen zur Schaffung neuer, zukunftssträchtiger Arbeitsplätze gar nicht genutzt werden können.

Und ähnlich wie der Mangel an Fachkräften wirken die veralteten organisatorischen Strukturen in vielen deutschen Unternehmen, die maßgeblich dazu beitragen, dass die neuen technischen Entwicklungen innewohnenden Chancen oftmals viel zu spät oder gar nicht erkannt werden.

Innovationspolitik der ›dritten Generation‹

EINE ENDE 2002 VORGESTELLTE STUDIE DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION MIT DEM TITEL ›INNOVATION TOMORROW‹ SPRICHT SICH FÜR EINE »INNOVATIONSPOLITIK DER DRITTEN

GENERATION AUS, DIE DIE ZENTRALE ROLLE DER INNOVATION IN EIGENTLICH ALLEN POLITISCHEN BEREICHEN ANERKENNT.« NACH DER ERSTEN GENERATION DER INNOVATIONSPOLITIK, DIE EINEN DURCHGEHENDEN PROZESS VON DER LABORFORSCHUNG BIS HIN ZUR KOMMERZIELLEN ANWENDUNG ANNAHM, NACH DER ZWEITEN SCHON MEHR ›SYSTEMISCHEN‹, INNOVATIONS-UNTERSTÜTZENDEN POLITIKGENERATION, WÜRD EINE ›INNOVATIONSPOLITIK DER DRITTEN GENERATION‹ NUN DIE INNOVATION IN DEN MITTELPUNKT JEDES POLITIKBEREICHES STELLEN.

Dies sei, so die EU-Kommissions-Studie weiter, durch die sich ändernde Art der Innovation in der wissensbasierten Wirtschaft gerechtfertigt, »die nicht nur auf Forschung oder Wissenschaft und Technologie basiert, sondern zunehmend auch von organisatorischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, Marketing- und sonstigen Kenntnissen abhängt.« Vordringlich sei es, ein besseres Verständnis für die wissensbasierte Ökonomie zu entwickeln und dieses in sämtlichen Politikfeldern zu kommunizieren.

Darauf aufbauend verabschiedete die Europäische Kommission im März 2003 ein konzeptionelles Positionspapier für den Europäischen Rat, in dem eine grundlegende Änderung der europäischen Innovationspolitik vorgeschlagen wird. Darin wird zunächst festgestellt, »dass Europas unzureichende Innovationstätigkeit der wesentliche Grund für sein geringes Produktivitätswachstum ist«. Angesichts der Fehlschläge in der bisherigen EU-Förderpolitik »muss die EU die ganze Komplexität des Phänomens ›Innovation‹ anerkennen. Innovation ist das Ergebnis komplexer Wechselbeziehungen zwischen Personen, Organisationen und ihrem Tätigkeitsumfeld – dies zeigt, dass sich Innovationspolitik nicht nur auf die Beziehung zwischen Forschung und Innovation konzentrieren darf. [...] Innovationspolitik muss letztlich auf die Unternehmen abzielen [...] Hier sind organisatorische Innovationen [erforderlich], mit dem Ziel, alle Mitarbeiter mitwirken zu lassen, damit die Arbeitsorganisation eine kollektive Quelle von Innovationen wird. [...] Daher ersucht die Kommission den Rat, die Mitgliedsstaaten auf die unverminderte Bedeutung des Themas ›Inno-

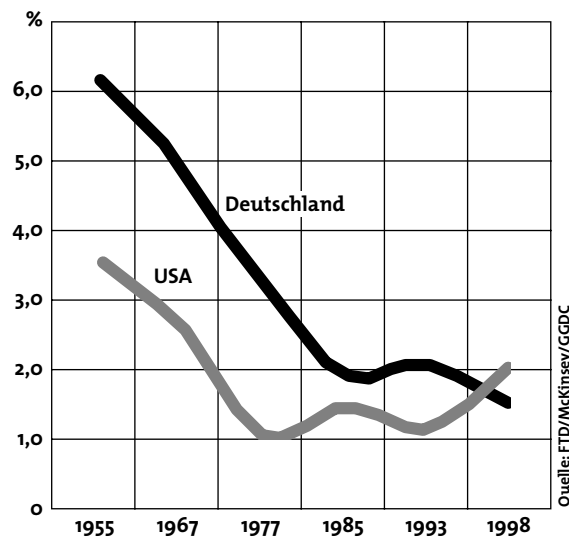
vation« hinzuweisen und darauf, dass ein besseres Verständnis des Innovationsprozesses allen Mitgliedsstaaten zugute kommt.«

In der begleitenden Pressekonferenz betonte der für Unternehmenspolitik zuständige EU-Kommissar Erkki Liikanen: »Wir arbeiten [nun] mit einem erweiterten Innovationsbegriff, der nicht nur technische Innovationen umfasst.«

Damit ist in der Europäischen Kommission endlich das angekommen, was bereits im Jahr 1976 in dem Geschäftsbericht des IG Metall-Vorstands konzeptionell beschrieben wurde: »Ein entscheidender Bestandteil der neuen (Beschäftigungs-)Strategien ist die Intensivierung von sozialen und organisatorischen Innovationen.« Nicht zuletzt mit

Jährliche Produktivitätssteigerung

(bis 1989 nur Westdeutschland)



Diese Grafik kann leicht täuschen, weil sie nur den **Zuwachs** an Produktivität darstellt. Die amerikanische Produktivität selber liegt jedoch deutlich über der deutschen – dazu ein Zitat aus der *Financial Times Deutschland* vom 3. März 2003:

Amerikaner um ein Drittel wohlhabender!

Laut Statistik der Weltbank betrug das Brutto-Nationaleinkommen pro Kopf nach Kaufkraftparitäten im Jahr 2001 für Deutschland 25530 und für die USA 34870 Dollar. Anders ausgedrückt: In Amerika lag die Pro-Kopf-Produktion um ein Drittel höher. 1990 war die Wirtschaft der USA noch 3,7-mal so groß wie die deutsche. Jetzt ist sie fünfmal so groß, und der Abstand wächst weiter. Deutschland glaubt, es sei ein reiches Land. In Wahrheit sind die Amerikaner [...] um ein Drittel reicher als wir. Hauptgrund ist ihre höhere Produktivität. Nichts steigert die Produktivität so gut wie Innovation. Je schneller eine Volkswirtschaft neue Technik einführt und je klüger der Staat den Prozess reguliert, desto höher der Wohlstand. Die Politik wird mit runden Tischen keine Arbeitsplätze schaffen. Das gelingt ihr nur, wenn sie ihren Fokus auf Produktivität und Innovation legt. Sie muss ein Klima schaffen, in dem Erfindungen schnell Marktreife erlangen, zügig eingeführt werden und breite gesellschaftliche Zustimmung finden.

Blick auf diesen »erweiterten Innovationsbegriff« hatte die IG Metall sogar – und das bereits im Jahr 1979 – eigene Innovations-Beratungsstellen eingerichtet, mit deren Hilfe zahlreiche fruchtbare regionale Innovationsnetzwerke geknüpft werden konnten.

In dem dann 15 Jahre später, also 1991, erschienenen Geschäftsbericht des IG Metall-Vorstands widmete sich unter der Überschrift »Gestaltungspolitik erfordert einen erweiterten Innovationsbegriff« sogar ein ganzes Kapitel diesem Ansatz, den die Europäische Kommission nun als »brandneues« Konzept zur Lösung der Probleme Europas vorlegt ...

Ulrich Klotz, Dipl.-Ing., ist beim Vorstand der IG Metall (Bereich Wirtschaft, Technologie, Umwelt) für die Themenfelder Forschungs- und Technologiepolitik und Zukunft der Arbeit zuständig;
Kontakt: ulrich.klotz@igmetall.de

